

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 2. Oktober 2006

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

4. Sitzung vom Montag, 2. Oktober 2006, 19.00 bis 22.00 Uhr, im reformierten
Kirchgemeindehaus

Anwesend:

Gemeinderat

Bis Traktandum 2: 27 Mitglieder

Ab Traktandum 2 (S. 44 oben) 28 Mitglieder

Stadtrat

Walter Baur

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Mark Eberli

Hanny Guyer

Jürg Hintermeister

Hanspeter Lienhart

Max Nievergelt

Ruth Ledergerber, Stadtschreiberin

Christian Mühlethaler, Stadtschreiber-Stv.

Entschuldigt:

Markus Wobmann, bis Traktandum 2

Vorsitz:

Rosa Pfister-Kempf

Protokoll:

Severine Vogel, Ratssekretär-Stv.

Weibeldienst:

Gino Taiana, Stadtweibel

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates, das Publikum und die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.

Traktandenliste

Zur rechtzeitig zugestellten Traktandenliste werden keine Änderungen beantragt. Sie lautet:



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

1. Protokoll der Sitzung vom 4. September 2006
2. Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates
3. Bauabrechnungen:
 - a) Reservoir Schleufenberg – Transportleitung Kantonsschulstrasse-Reservoir Schleufenberg
 - b) Allmendstrasse 4 – Umbau ehemalige Truppenunterkunft in neue Verwaltungsräume für die städtischen Sicherheitsdienste
4. Verordnung über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Funktionäre im Nebenamt (Entschädigungsverordnung, Evo) – Teiländerung
5. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
6. Diverses

Eingang von persönlichen Vorstössen

Keine

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 4. September 2006

Das Protokoll der Sitzung vom 4. September 2006 wird einstimmig genehmigt und dem Verfasser verdankt.

Traktandum 2

Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates

Zu den Grundsatzbeschlüssen liegen Änderungsanträge der Grünen Partei und der SP in schriftlicher Form vor.

Fraktionserklärungen

Für **Esther Caviola** und die SP-Fraktion bilden die Grundsatzbeschlüsse Regeln, die als Basis bei Entscheidungen in den nächsten vier Jahren gelten müssen. Sie bildeten Eckpfeiler, an denen man sich orientieren müsse. Die vielfältigen Überzeugungen und Ansichten müssten zeitgemäss verei-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

nigt werden. Es handle sich um ein wichtiges Arbeitspapier, das künftig häufiger beachtet werden sollte als während der letzten vier Jahre.

Jürg Rothenberger erwähnt, dass die Grundsatzbeschlüsse gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates im Sinne von mittel- und langfristigen Stossrichtungen gefasst werden. Sie verpflichteten den Stadtrat, seine Entscheidungen in eine bestimmte Richtung vorzunehmen. Der Erlass von Grundsatzbeschlüssen sei somit neben der Genehmigung der Leistungsaufträge und des Globalbudgets eines der wichtigsten Führungsinstrumente. Sie stünden über allen Strategien und allen Konzepten. Aus Sicht der FDP gelte der Umsetzung der Grundsatzbeschlüsse erste Priorität. So sollen auch der Finanzplan 2006-2010 und die Sachgeschäfte darauf überprüft werden, ob sie Widersprüche zu den Grundsatzbeschlüssen enthalten. Die heute noch geltenden Grundsatzbeschlüsse beinhalteten schon sehr viel, fast zu viel. Die FDP-Fraktion lehne deshalb die Anträge der Grünen Partei und der SP grundsätzlich ab. Sie behalte sich aber vor, Abänderungsvorschläge zu bringen.

Stephan Blättler sind zwei Dinge wichtig. Zum einen handle es sich bei den Grundsatzbeschlüssen um kein traditionelles Führungsinstrument. Man müsste sich nicht daran halten, so dass ein Verstoss dagegen beim Bezirksrat angefochten werden könnte. Zum anderen nehme die Bedeutung der Grundsatzbeschlüsse denn auch nicht zu, wenn man sie jährlich oder vierjährlich änderte. Die 10 Gebote hätten heute ja auch noch Gültigkeit. Deshalb sehe die SVP keinen brennenden Bedarf und habe auch keine Anträge. Einzig dem Verkehrskonzept sei sie nicht abgeneigt.

Gemäss **Matthias Schwank** erachtet die Grüne Partei die Grundsatzbeschlüsse als sehr wesentlich, weil sie in die Legislaturplanung einfliessen würden. Er freue sich auf die Debatte, dass mehrere Parteien Anträge einbringen, und man gemeinsam verhandle. Er bedaure hingegen, dass einzelne Fraktionen ganz verzichteten. Er hoffe, dass trotzdem einzelne Vorschläge geprüft werden und nicht grundsätzlich abgelehnt würden.

Edith Planta spricht für die EVP. Diese sehe die Grundsatzbeschlüsse als Richtlinien für parlamentarischen Wirken und als Einflussnahme auf den Stadtrat. Sie finde es daher legitim, dass das Parlament sie anfangs der Legislaturperiode überprüfe. Die EVP habe selbst keinen Handlungsbedarf. Sie gingen aber gerne auf vorhandene Anträge ein.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Detailberatung

Die Vorsitzende schlägt vor, kapitelweise vorzugehen. Über jeden einzelnen Antrag werde abgestimmt. Am Schluss finde eine Gesamtabstimmung statt. Das Abstimmungsverfahren richte sich bei gleichgerichteten Anträgen nach Art. 36 der Geschäftsordnung.

1. Bildung und Kultur

Abschnitt Schule

Antrag Grüne Fraktion:

Aufnahme eines neuen Absatzes: „Die Schule beachtet das Prinzip der Chancengleichheit.“

Für **Mike Bader** gibt es in der sozialen Marktwirtschaft viele Prinzipien. Eines davon sei die Chancengleichheit. Chancengleichheit in der Schule heisse nicht nur, neun Jahre Volksschule anbieten. Auch Leute mit schlechteren Rahmenbedingungen sollen profitieren können. Oder zumindest solle die Infrastruktur vorhanden sein, wie z.B. Computer. Zwar beachte die Schule die Chancengleichheit jetzt schon. Er wolle das aber auch in den Grundsatzbeschlüssen so drin haben.

Esther Caviola unterstützt diesen Gedanken grundsätzlich. Die SP sei aber der Meinung, dies sei eher ein Grundsatz für die Schule. Der Gemeinderat solle mit seinen Projekten aber die Schule unterstützen. Sie legt deshalb einen Änderungsantrag vor: „Die Stadt unterstützt die Schule in ihren Bestrebungen, die Chancengleichheit zu gewährleisten.“

Milos Alincic ist der Meinung, dass dieser Grundsatz bereits in einem Unterkapitel zur Schule enthalten ist, wo es um die ganzheitliche Förderung der Schülerinnen und Schüler gehe. Er wolle die Grundsatzbeschlüsse nicht unnötig aufblähen.

Edith Planta meint, die Förderung von Schülerinnen und Schülern sei unter Bildung und Kultur schon enthalten. Die EVP-Fraktion verstehe unter Chancengleichheit: „Die Schule muss bildungsmässig ungleiche Voraussetzungen bei Schülern berücksichtigen und bildungsschwächere fördern. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulleistungen. Zudem gibt es einen hohen Anteil von Kindern, die mehrfach benachteiligt sind. Sie stammen aus ärmeren, sozial benachteiligten Familien, sprechen die Unterrichtssprache nicht, stammen aus bildungsfernen Familien. Um die Chancengleichheit zu fördern, auch mit Blick auf die spätere berufliche Laufbahn oder das Erwerbsleben, muss die Schule diese Ungleichheiten abbauen.“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Mike Bader zieht namens der Grünen Partei den Änderungsantrag zugunsten desjenigen der SP zurück.

Abstimmung: 10 Ja: 15 Nein, 1 Enthaltung

2. Finanzen

Abschnitt Steuerfuss

Antrag Grüne Fraktion:

Abs. 1 soll neu lauten: „Der Steuerfuss ist so anzupassen, dass mittelfristig ein ausgeglichener Finanzhaushalt möglich ist.“

Mike Bader ist der Meinung, dass man für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt bereits viel getan habe. Und das primäre Ziel sei auch ein ausgeglichener Finanzhaushalt. Deshalb solle der erste Absatz abgelöst werden.

Heinz Kousz sieht das anders. Man könne wohl einen ausgeglichenen Finanzhaushalt haben, wenn nur die Einnahmen genügend hoch seien. Das erreiche man mit einem höheren Steuerfuss. Das Ziel sei aber nach wie vor ein Steuerfuss im kantonalen Mittel und deshalb müssten auch die Ausgaben gekürzt werden. Er sehe es also genau umgekehrt. Man müsse die Ausgaben im Auge behalten, nicht die Steuern erhöhen.

Jakob Briner ist damit nicht ganz einverstanden. Er sei der Meinung, dass die Aufgaben der Stadt im Grossen und Ganzen sinnvoll, vernünftig und nötig seien. Und wenn man eine gut funktionierende Verwaltung wolle, dann müsse man die Mittel hierfür zur Verfügung stellen. Wenn man heute aufs kantonale Mittel kommen wolle, dann müsste man den Steuerfuss senken. Er erachte deshalb den ersten Teil des Vorschlags von Mike Bader als richtig. Das Ziel sei ein ausgeglichener Finanzhaushalt, nicht aber eine Steuerfussverminderung.

Für **Mike Bader** ist klar, dass man sich effizient und kostenbewusst verhält. Daraus folge ein ausgeglichener Finanzhaushalt und dies ergebe einen gesunden Steuerfuss.

Milos Alincic möchte dies nicht so drin haben, sonst passe man immer den Steuerfuss nach oben an.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Andrea Schmidhauser glaubt, dass das Ziel mit der Steuerfusssenkung nicht mehr bestehen würde. Deshalb will sie den Grundsatzbeschluss so belassen.

Abstimmung: 10 Ja: 15 Nein 1 Enthaltung

5. Bevölkerung, Wohnen, Arbeit, Soziales

Antrag Grüne Fraktion:

Aufnahme eines neuen Abschnittes „Bevölkerung“ mit dem Abs. 1: „Menschen ohne Stimmrecht (Ausländer/innen und Jugendliche, die das Stimmrechtsalter noch nicht erreicht haben) werden bei politischen Entscheiden, die sie betreffen, angehört.“

Matthias Schwank ist der Meinung, dass die Möglichkeit zur Mitsprache mit einem Ort identifiziere und die Integration fördere. Systematisch seien heute zwei Gruppen von politischer Mitwirkung ausgeschlossen. Eine Integration dieser Personen sei langfristig wichtig. Z.B. hätte Bülach eine Abwanderung zukünftiger Akademiker, z.B. nach Zürich. Nicht weil es dort steuergünstiger sei, sondern weil sie in Zürich mehr Möglichkeiten hätten. Der Grünen Partei sei es deshalb wichtig, diese beiden Gruppen einzubinden. Er ziehe aber den Antrag zugunsten desjenigen der SP zurück.

Esther Caviola beantragt namens der SP, Abs. 5 im Abschnitt Soziales wie folgt zu ändern: „Initiativen und politisches Engagement von nicht stimmberechtigten Personen werden ernst genommen. Sie werden in Prozesse und Entscheidungen, die ihre Anliegen betreffen, einbezogen und befähigt, Veränderungen mitzutragen.“ Für sie ist wichtig, dass Menschen ohne Stimmrecht nicht nur mehr Beachtung geschenkt, sondern deren Engagement wirklich ernst genommen wird.

Abstimmung über den Antrag der SP: 11 Ja: 15 Nein

Antrag Grüne Fraktion:

Aufnahme eines weiteren Absatzes im Abschnitt „Bevölkerung“: „Alle Bewohner/innen werden in den politischen Gestaltungsprozess mit einbezogen. Der Stadtrat schafft dazu geeignete Gefässe.“

Matthias Schwank führt aus, dass Initiativen und Referenden in der Schweiz institutionalisiert seien. Damit sei man bei der Partizipation führend. Sie sei aber immer eingeschränkt auf gewisse Fragen resp. auf „ja“ oder „nein“. Als Beispiel könnte er sich vorstellen, in Bülach die Zukunftskonferenz zu institutionalisieren. Aber auch kleinere Werkstätten könnten zur Themenbearbeitung



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

möglich sein. Verstärkte Partizipation unterstütze letztlich die Nachhaltigkeit der Entscheide. Alle Bürger und Bürgerinnen sollten aktiviert werden. Dies würde der sich verbreitenden Passivität entgegenwirken.

Abstimmung: 10 Ja: 16 Nein, 1 Enthaltung

Antrag Grüne Fraktion:

Aufnahme eines weiteren Absatzes im Abschnitt „Bevölkerung“: „Die Bedürfnisse der Bevölkerung werden periodisch eruiert.“

Für **Milos Alincic** ist dieser Satz eine typische Floskel. Gemeinderat und Stadtrat seien genügend nahe an der Bevölkerung. Ein solcher Abschnitt nütze nichts.

Abstimmung: 9 Ja: 16 Nein, 2 Enthaltungen

6. Umwelt, Infrastruktur, Verkehr

Antrag Grüne Fraktion:

Aufnahme eines neuen Abschnittes „Verkehr“ mit dem Abs. 1: „Die Stadt Bülach engagiert sich aktiv für eine bessere Anbindung in das System des öffentlichen Verkehrs (ZV).“

Matthias Schwank weist darauf hin, dass man sich bewusst sein müsse, dass sich die Welt um Bülach herum verändere, nur Bülach verändere sich nicht. Früher habe Bülach als zentraler Ort zwischen Schaffhausen, Zürich und Winterthur gegolten. Dies entspreche schon lange nicht mehr der Realität. Bülach sei deutlich abgehängt worden. Seit der Einführung der S-Bahn habe sich nichts mehr substantiell verändert. Dieser Grundsatz gehöre zuoberst auf die Top-Ten der stadt-rätlichen Legislaturziele. Wichtig seien Anschlüsse nach Oerlikon, Glattbrugg und zum Flughafen; letztendlich auch ein Schienenanschluss an den Flughafen und die Glattalbahn.

Stefan Schnegg fände es wertvoll, dieses Thema aufzunehmen. Bei den Diskussionen um das Erachfeld wäre es wichtig, das Thema Glattalbahn sicherzustellen.

Fritz Münger findet die Stossrichtung zwar gut, macht aber namens der einen SP Änderungsantrag: „Die Stadt Bülach engagiert sich für eine optimale Anbindung in das System des öffentlichen Verkehrs.“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Milos Alincic ist der Meinung, dass Bülach gut erschlossen sei. Er denke, dass die Aufnahme dieses Grundsatzes überflüssig sei.

Walter Fehr unterstützt den Antrag, obwohl sich der Stadtrat immer gut eingesetzt habe. Es würde sich hier um einen bescheidenen Grundsatz handeln. Ihm sei es wichtig, dass man für den öffentlichen Verkehr einen Akzent setze.

Die **Grüne Fraktion** teilt mit, dass sie den Antrag der SP unterstütze und ihren eigenen zurückziehe.

Abstimmung: 12 Ja: 13 Nein, 2 Enthaltungen

Antrag Grüne Fraktion:

Aufnahme eines weiteren Absatzes im Abschnitt „Verkehr“: „Die Stadt Bülach verfügt über ein umfassendes Verkehrskonzept. Bei bevorstehenden Einzonungen und Überbauungen wird das Konzept angewendet.“

Mike Bader weist darauf hin, dass man vorhin die Chance gehabt hätte, bei einem gut laufenden Thema ein Bekenntnis abzugeben. Aber beim Verkehrskonzept laufe eben nichts gut. Da habe vor vier Jahren ein entsprechender Grundsatzbeschluss gefehlt. Er hoffe, dass es in vier Jahren nicht ein ähnliches Debakel gebe mit dem öffentlichen Verkehr. Den zweiten Satz im Antrag würde man jedoch zurückziehen. Die Umsetzung sei dann eine klare Folge.

Fritz Münger macht einen Änderungsantrag: „Die Stadt Bülach verfügt über ein *Gesamtverkehrskonzept*“.

Milos Alincic ist der Meinung, dass man diesem Antrag zustimmen könne.

Auch **Jürg Rothenberger** ist damit einverstanden.

Die **Grüne Fraktion** schliesst sich ebenfalls an und zieht den eigenen Antrag zurück.

Abstimmung: 27 Ja: 0 Nein



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Ökologie, Landschaft und Natur

Antrag Grüne Fraktion:

Aufnahme eines neuen Absatzes: „Städtische Projekte sind im Hinblick auf Energieverbrauch wegweisend.“

Verena Küttel bemerkt, dass man diesen Grundsatz schon im vergangenen Jahr verfolgt habe. Das Thema sei teilweise im Legislaturprogramm drin gewesen. Die öffentliche Verwaltung habe eine Vorbildfunktion. Einsparungen würden immer auch ein Gefahrenpotenzial bergen.

Milos Alincic kann diesem Vorschlag so nicht zustimmen. Es sei immer noch wichtig, ob etwas wirtschaftlich auch tragbar sei.

Abstimmung: 10 Ja: 15 Nein, 2 Enthaltungen

Abschnitt Infrastruktur

Antrag Grüne Fraktion

Abs. 3 ergänzen. Text neu: „Städtische Bauten, Strassenübergänge und öffentliche Anlagen sind nach Möglichkeit rollstuhl- und behindertengerecht auszubauen. *Der Prozess zur ‚Stadt ohne Hindernisse‘ ist weiter zu verfolgen.*“

Verena Küttel bemerkt, die „Stadt ohne Hindernisse“ sei ein wichtiges Label für die Stadt Bülach. Es ziere die Homepage und zeichne Bülach aus. Das Projekt habe die Integration der Behinderten in den letzten Jahren deutlich verbessert. Mit dem Weiterzug würde sie sich noch mehr dazu bekennen.

Fritz Münger bringt einen Änderungsantrag ein, den er für griffiger hält: „Die Stadt Bülach setzt ihre Ziele für eine Stadt ohne Hindernisse konsequent durch.“

Verena Küttel zieht namens ihrer Fraktion den Antrag zugunsten des SP-Antrages zurück.

Abstimmung: 10 Ja: 15 Nein, 2 Enthaltungen



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

8. Behörden und Verwaltung

Antrag Grüne Fraktion

Aufnahme eines neuen Absatzes: „Das Label Energiestadt und speziell der hohe Anteil an Bauten mit Minergie-Standard bildet ein zentrales Element des Stadtmarketings.“

Verena Küttel ist der Meinung, das Energiestadt-Label zeichne Bülach als moderne und zukunftsorientierte Kleinstadt aus. Insbesondere die konsequente Anwendung zeige Bülach als Vorreiterin einer Energiestadt. Dies biete auch Anreize für gute Mieter und gute Steuerzahler.

Die EVP-Fraktion findet es gemäss **Edith Planta** richtig, das Label Energiestadt sowie der hohe Anteil an Bauten mit Minerghostandard explizit ins Stadtmarketing aufzunehmen. Bülach stehe im Kanton Zürich weit vorne beim haushälterischen Umgang mit Energie sowie Bauen mit Minerghostandard. Sie unterstütze deshalb den Antrag der Grünen Partei.

Stephan Blättler stimmt dem so nicht zu, weil es hier um Marketing gehe und der Punkt in den Grundsatzbeschlüssen keinen Sinn machen würde. Man gebe die Grundlagen für das Stadtmarketing schon im Globalbudget vor.

Andrea Schmidhauser weist darauf hin, dass die Energiestadt und das Label bereits im Kapitel Landschaft und Natur enthalten sind.

Abstimmung: 9 Ja: 16 Nein, 2 Enthaltungen

Antrag Grüne Fraktion

Aufnahme eines neuen Absatzes: „Die lokale Agenda 21 zur Förderung der Lebensqualität wird schrittweise umgesetzt.“

Matthias Schwank weist darauf hin, dass die nachhaltige Entwicklung in der Bundesverfassung festgehalten sei. Um die CO₂-Ziele zu erreichen, müsse viel gemacht werden. Laut Zukunftskonferenz gehöre dies zu den Erwartungen. Bei Zustimmung verleihe man der Idee mehr Gewicht.

Abstimmung: 10 Ja: 15 Nein, 2 Enthaltungen



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Der Gemeinderat beschliesst in der Schlussabstimmung mit 20 zu 6 Stimmen, bei einer Enthaltung, folgende Änderung an den Grundsatzbeschlüssen:

1. Aufnahme eines weiteren Absatzes im Abschnitt „Verkehr“: „Die Stadt Bülach verfügt über ein Gesamtverkehrskonzept.“
2. Mitteilung an Stadtrat

Traktandum 3

Bauabrechnungen

a) Bauabrechnung Schleufenberg – Transportleitung Kantonsschulstrasse–Reservoir Schleufenberg

Für die Fachkommission I referiert **Fritz Münger**. Sie hätten die Bauabrechnung geprüft und für in Ordnung befunden.

Auch die RPK hat die Abrechnung gemäss **Bruno Basler** geprüft und für in Ordnung befunden. Sie schliesse besser ab als berechnet. Die RPK stimme der Abrechnung zu.

Stadtrat Hanspeter Lienhart dankt der FK I und der RPK. Er möchte aber insbesondere auch den involvierten Mitarbeitenden der Verwaltung, den beteiligten Ingenieuren und Bauherren danken für die Mitarbeit an diesem Bauvorhaben. Trotz Ungewissheiten und Problemen stehe das Reservoir jetzt.

Der Gemeinderat **beschliesst** einstimmig:

1. Die Abrechnungen der WS Ingenieure AG, Bülach, vom 24. März 2005 über das Reservoir Schleufenberg und die Transportleitung Kantonsschulstrasse – Reservoir Schleufenberg mit Aufwendungen von total Fr. 3'303'107.90 (inkl. MwSt.) bei einer Kreditunterschreitung von Fr. 580'917.30, werden genehmigt.
2. Die Nettobelastung beträgt Fr. 2'945'237.40 (exkl. MwSt.)
3. Mitteilung an den Stadtrat



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

b) Allmendstrasse 4 – Umbau ehemalige Truppenunterkunft in neue Verwaltungsräume für die städtischen Sicherheitsdienste

Für die Fachkommission I referiert **Fritz Münger**. Das ganze Geschäft sei sehr unglücklich verlaufen. Es fördere das Vertrauen in die Exekutive nicht. Der Stadtrat habe auf einen raschen Entscheid gedrängt. Man habe das Geschäft im Gemeinderat dann auch sehr speditiv beraten. Dabei habe man den Kredit auf ein Kostendach von 1 Mio. Franken reduziert, in der Meinung, dass die Reserven genügen würden. Vom Nachtragskredit des Stadtrates sei man überrascht worden. Die Fachkommission sei nicht konsultiert worden. Man habe das Geschäft am Gemeinderat vorbeigemogelt und am Schluss habe man trotzdem noch mit einer Überschreitung abgeschlossen. Dieses Beispiel zeige auf, wie man es nicht machen dürfe. Er hoffe auf den neuen Stadtrat, dass man dies zu Herzen nehme.

Bruno Basler teilt mit, dass auch die RPK die Abrechnung geprüft habe. Schlussendlich seien Mehrkosten von 23 Prozent entstanden. Nirgends sei ersichtlich, weshalb die Kosten plötzlich überbordnet seien. Die RPK sei deshalb einstimmig zum Schluss gekommen, dass sie die Abrechnung zu Ablehnung empfehle.

Fraktionserklärungen

Laut **Andrea Spycher** kann auch die Fraktion der SVP die Abrechnung nicht gutheissen. Es seien einige Fragen aufgetaucht. Es könne nicht sein, dass der Stadtrat nach der Kürzung des Kredits durch den Gemeinderat einen Nachtragskredit bewillige und die Abrechnung dann noch durch eine Kreditüberschreitung gekrönt werde.

Mike Bader spricht für die Grüne Partei:

“Eine undurchsichtige Sache...

- Wir haben einen Kredit bewilligt, die FK I spricht nun im Abschied zur Bauabrechnung aber plötzlich von einem Kostendach
- Die FK I hat in der Projektvorstellung klar von einem Vorprojekt mit *Kostenschätzung* gesprochen, ist jetzt aber plötzlich erstaunt darüber, dass es sich nur um eine *Grobkostenschätzung* gehandelt hat.

Es scheint so, als dass die Fachkommission dazumal von anderen Prämissen ausgegangen ist, als dies heute der Fall ist. Was lernen wir daraus? Der Gemeinderat muss sich unbedingt dem Stadtrat und der Verwaltung widersetzen, wenn es darum geht, Geschäfte im Eilzugstempo durchzuziehen. Eine extra Sitzung wurde für dieses Geschäft anno dazumal angesetzt. Viel wichtiger als eine



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

schnelle Prüfung ist eine seriöse Prüfung, auch wenn uns der Stadtrat weiss machen will, dass die Verwaltungsangestellten bald auf der Strasse ihre Arbeit erledigen müssen. Sollen wir nun diese Bauabrechnung annehmen? Die Grüne Fraktion meint nein. Wieso?

- Zu stark ist die FK I und der Gemeinderat dazumal unter Druck gesetzt worden. Dies darf in dieser Weise künftig nicht mehr geschehen.
- Der Antrag war mangelhaft, viel zu unklar ging hervor, dass wir eigentlich gar noch nicht wissen, wie viel der ganze Umbau kosten wird.
- Stadträtin Ilse Kaufmann hat ausdrücklich erwähnt, dass der Stadtrat mit der Kreditkürzung von 57'400 Franken leben kann. Dann wird aber auch erwartet, dass es umgesetzt werden kann! Ansonsten erwarten wir, dass der Stadtrat mit dem Nachtragskredit wieder in den Gemeinderat gelangt, sonst ist das Ganze wirklich nur noch eine Farce.
- Die Begründungen für die Kostenüberschreitungen sind z.T. fadenscheinig. So kann man im Kreditantrag unter Baubeschrieb lesen, dass die Decke der Einstellhalle gedämmt werden müsse. Genau dies ist jetzt aber die Begründung für eine Kostenüberschreitung von 18'500 Franken.

Alles in allem ein miserabel vorbereitetes Geschäft, aber deshalb nicht möglichst rasch zu vergessen. Wir alle müssen die Lehren daraus ziehen, damit so etwas nicht mehr vorkommen wird."

Andrea Schmidhauser doppelt im Namen der FDP-Fraktion nach: „Bereits den Nachtragskredit von 14 Prozent, welcher der damalige Stadtrat in Eigenkompetenz sprach, betrachten wir als inakzeptabel. Ferner ist anzumerken, dass in allen uns zur Verfügung stehenden Dokumenten und Stadtratsanträgen immer von einem Kostenvoranschlag (und nicht von einer Kostenschätzung) gesprochen wurde, welcher nach SIA eine Kostengenauigkeit von $\pm 5\%$ haben darf. Die Mehrkostenbegründung ist demzufolge komplett falsch. Aufgrund dessen, dass der stadträtliche Kreditantrag für ein Kostendach gestellt und durch den Gemeinderat mit 1 Mio. Franken bewilligt wurde, konnten wir auch davon ausgehen, dass keine Kostenüberschreitungen stattfinden würden. Ein Kostendach bedeutet nämlich oberstes Limit, welches auch für den Stadtrat verbindlich ist. Diese These der Kostengenauigkeit stützt übrigens auch ein Bundesgerichtsurteil vom 15. März 2005 in welchem es heisst, es sei die Pflicht eines jeden Planers, bei jeder Kostenprognose den Genauigkeitsgrad anzugeben. Wenn der Planer keinen entsprechenden Toleranzrahmen angebe, so dürfe der Bauherr davon ausgehen, dass die Kostenprognose präzise sei und praktisch mit keinen Abweichungen gerechnet werden müsse. Stattdessen erhalten wir eine Bauabrechnung mit einer Kostenüberschreitung von 23 Prozent gegenüber dem Gemeinderatskredit. Solche Kostenüberschreitungen tolerieren wir von der FDP-Fraktion nicht mehr. Auch sind keine Anzeichen des alten Stadtrates von irgendwelchem Sparwillen im Sinne der gemeinderätlichen Kreditsprechung erkennbar. Aus allen genannten Gründen wird die FDP-Fraktion einstimmig die Bauabrechnung und den Zusatzkredit ablehnen. Wir erwarten ebenso, dass die von uns angebrachten Rügen für die



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Zukunft erst genommen werden und dass diese noch an die bereits aufgelöste Baukommission weitergeleitet werden.

Auch in der EVP hat man sich gemäss **Stefan Schnegg** Gedanken über das Geschäft gemacht. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat müsste besser sein. Der Gemeinderat gebe Rahmen vor und der Stadtrat müsse sich daran halten. Auch die EVP werde die Abrechnung als symbolischer Akt ablehnen.

Auch die SP-Fraktion ist gemäss **Walter Fehr** der Meinung, dass das Geschäft ein sehr unrühmliches Kapitel sei. Die Ablehnung sei eine Missfallenskundgebung. Einerseits sei der Stadtrat mit einem Gemeinderatsbeschluss, andererseits auch mit den Steuergeldern unsorgfältig umgegangen. Die Fraktion habe wenig bis kein Verständnis für das Vorgehen. Zu wenig Respekt sei dem Gemeinderatsbeschluss entgegengebracht worden. Seine Fraktion werde deshalb die Abrechnung ebenfalls ablehnen.

Der Gemeinderat **beschliesst** einstimmig:

1. Die Bauabrechnung über den Umbau der ehemaligen Truppenunterkunft in neue Verwaltungsräume für die städtischen Sicherheitsdienste wird mit Aufwendungen von Fr. 1'232'573.85 und einem Mehraufwand von Fr. 83'073.85 abgelehnt.
2. Der Zusatzkredit von Fr. 83'073.85 zu Lasten des Kontos 090.5030.23 wird abgelehnt.
3. Mitteilung an:
 - a) Stadtrat
 - b) Abteilung Finanzen
 - c) Abteilung Einwohner und Sicherheit
 - d) Abteilung Bau und Umwelt

Stadtrat Walter Baur erklärt, der Schwarze Peter liege nun bei ihm. Ihm sei klar, dass man solche Anträge ernst nehmen soll. Es handle sich hier klar um eine Warnung, dass man es besser machen müsse. Bereits habe man bei der Stadthalle eine bessere Lösung gefunden. Dies auch beim Naherholungsgebiet Erachfeld. Die Warnung sei zum richtigen Zeitpunkt gekommen. Hingegen habe niemand am Bau selbst etwas auszusetzen gehabt. Man habe offenbar ein gutes Bauwerk erstellt. Für den Katastrophenfall sei man gut eingerichtet.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Traktandum 4

Verordnung über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Funktionäre im Nebenamt (Entschädigungsverordnung, EvO) – Teiländerung

Für die Fachkommission IV referiert **Milos Alincic**: „Die heute gültige Entschädigungsverordnung ist seit dem 1. Juni 2000 in Kraft. Der Antrag und die Weisung, über die wir heute zu befinden haben, ist noch vom früheren Stadtrat am 8. Februar 2006 verabschiedet worden und konnte vom Rat nicht mehr in der letzten Legislatur behandelt werden. Auf Grund der Änderungen der Gemeindeordnung vom 10. Juni 2001 und vom 27. November 2005 sind verschiedene Anpassungen unumgänglich. So wurde der Gemeinderat von 36 auf 28, der Stadtrat von 9 auf 7 verkleinert, die Gesundheits- und Umweltbehörde aufgehoben sowie Fürsorge- und Vormundschaft in eine Sozialbehörde zusammengefasst. Neu ist der Präsident der Primarschulpflege auch Mitglied des Stadtrates. Ich verweise auch auf die Synopse, Teilrevision der Verordnung über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Funktionäre im Nebenamt vom 1. Juni 2000. Ich werde auf die unveränderten Artikel 1, 2, 4-8, 10-12 sowie den Artikel 15, der durch Aufhebung bisherigen Rechts ersatzlos zu streichen ist, nicht näher eingehen.“

Artikel: 3

Die Pauschalentschädigungen für die hier genannten Behörden bleiben:

Parlamentspräsident	Fr. 4'000
Kommissionspräsidenten	Fr. 4'000
Kommissionsaktuare	Fr. 3'500
Mitglied	Fr. 2'500
RPK für zusätzliche Prüfungen	Fr. 500

Die bürgerliche Abteilung entfällt. Die Leistungen von Präsident, Aktuar und Mitgliedern der Kommissionen werden mit Tag- und Sitzungsgeldern abgegolten. Referent und Aktuar erhalten pro Gesuch bzw. Protokoll 100 Franken.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Stadtrat:

	alt	ab April 2003	neu
Stadtpräsident	50'000		70'000
Schulpräsident/Stadtrat	30'000	45'000	50'000
Grundentschädigung pro Mitglied	30'000		40'000
Zur Aufteilung auf den Stadtrat	<u>60'000</u>		<u>45'000</u>
Total	350'000	365'000	365'000
Pensionskasse	-	-	<u>45'000</u>
Total inkl. PK	-	-	410'000

Fürsorgebehörde: Die Sozialbehörde erhält eine jährliche Pauschalentschädigung von 25'000 Franken. Die Aufteilung ist Sache der Sozialbehörde. Es werden keine zusätzlichen Tag- und Sitzungsgelder ausgerichtet. Hier gab es eine Reduktion von acht auf vier Mitglieder. Die Kosten blieben gleich.

Primarschulpflege:

	alt	ab 9. April 2003	neu
Präsident	30'000	45'000	Entschädigung als Schulpräsident/Stadtrat 50'000
Grundentschädigung pro Mitglied	3'000	10'000	12'000
Vizepräsidium zusätzlich	-	4'000	4'000
Zur Aufteilung auf einzelne Mitglieder	<u>70'000</u>	<u>26'000</u>	<u>26'000</u>
Total ohne Schulpräsident	106'000	150'000	126'000

Artikel 9

Tag- und Sitzungsgelder

	Alt	Neu
Sitzung am Tag bis zu 2 Std.	60.--	80.--
Abendsitzung bis zu 2 Std.	60.--	80.--
Abendsitzung bis zu 3 Std.	80.--	100.--
Bei längerer Dauer	100.--	100.--
Halbtagesentschädigung	120.--	150.--
Einschliesslich Sitzungen während des Tages, die länger als 2 Stunden dauern.		
Ganztagesentschädigung	240.--	300.--



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Artikel 13

Die Mitglieder des Stadtrates sind im Sinne der beruflichen Vorsorge mit den dort vorgesehenen Ausnahmen versichert. Die Kosten betragen ca. 45 000 Franken.

Artikel 14

Inkraftsetzung nach Genehmigung rückwirkend auf 1. April 2006

Kommissionsanträge:

Artikel 3

Behörden und bürgerliche Abteilung Gemeinderat: kein Antrag

Stadtrat:

Stadtpräsident	50'000
Schulpräsident/Stadtrat	45'000
Grundentschädigung pro Mitglied	30'000
Zur Aufteilung auf den Stadtrat	<u>60'000</u>
Total	305'000
Pensionskasse	<u>45'000</u>
Total inklusive Pensionskasse	350'000

Sozialbehörde: kein Antrag

Primarschule: kein Antrag

Artikel 9

Tag- und Sitzungsgelder

Sitzung am Tag bis zu 2 Std.	60.--
Abendsitzung bis zu 2 Std.	60.--
Abendsitzung bis zu 3 Std.	80.--
Bei längerer Dauer	100.--



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Halbtagsentschädigung	120.--
Einschliesslich Sitzungen während des Tages, die länger als 2 Std. dauern.	
Ganztagesentschädigung	240.00

Artikel 13

kein Antrag

Abschied

Ich bitte Sie, beim Abschied der Fachkommission IV zu entschuldigen, dass nicht jeweils Begründungen angegeben wurden. Das vorgedruckte Formular hat uns dazu verleitet. Die Begründungen sind unters Eis gegangen. Ich liefere sie Ihnen jedoch gerne mündlich nach: Eine Entschädigungserhöhung beim Stadtrat bei der gegenwärtigen Finanzlage setzt falsche Signale. Es steht quer in der Landschaft, wenn den Angestellten die Teuerung, wie z.B. im letzten Jahr, nur teilweise ausbezahlt wird und dem Stadtrat die Entschädigung erhöht wird. Die Reduktion der Stadträte von 9 auf 7 kann durchaus auch Abläufe vereinfachen und zu Arbeitsreduktionen führen. Ich bitte Sie, den Anträgen der Fachkommission IV zuzustimmen."

RPK-Präsident **Alfred Schmid** teilt mit, die RPK habe nur die Budgetkonformität und die Finanzierungsrelevanz geprüft. Der Inhalt sei Sache der Fachkommission IV und der Fraktionen gewesen.

Edith Planta spricht für eine Minderheit der Fachkommission IV. Diese stelle keinen eigenen Antrag, sondern stimme dem Antrag des Stadtrates zu. Die Arbeit habe sich mit der Reduktion klar erhöht. Der Umfang der Sitzungen sei gestiegen. Dies soll honoriert werden.

Stadtpräsident Walter Bosshard führt aus, dass man von einem Antrag des Stadtrates der letzten Legislaturperiode spreche. Der Stadtrat erachte die beantragten Entschädigungen als angemessen. Er wäre froh gewesen, wenn dieses Geschäft in der letzten Legislaturperiode noch behandelt worden wäre. Der Stadtrat achte auch mit dem neuen System auf den Sparwillen. Die Entschädigung eines Stadtrates betrage im Mittel etwa 44'000 Franken. Die Arbeit belaufe sich auf ein 40- bis 60-Prozentpensum. Würde der Stadtrat nach dem neuen System entschädigt (Fr. 365'000), ergäbe dies verteilt auf die sieben Stadträte eine durchschnittliche Entschädigung von Fr. 52'000. Auf ein 100-Prozent-Pensum hochgerechnet ergäbe dies ca. 115'000 Franken Jahresentschädigung. Vergleicht man den Arbeitsaufwand des Gesamtstadtrates (ca. 150 Stunden pro Woche) von 9 Stadträten mit 7 Stadträten, ergibt dies eine Mehrbelastung von 25-30 Prozent. Der



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Stadtpräsident weist darauf hin, dass besonders Kollegen, die noch im Arbeitsprozess stehen, materielle Verluste hätten. Er legt einen Vergleich der Gemeinden im Kanton Zürich mit Parlament auf (siehe Beilage 1). Daraus ist ersichtlich, dass Bülach auch mit dem beantragten System am Schluss rangiert ist. Aufgrund der Altersstruktur im heutigen Stadtrat werden nicht alle Mitglieder von der Möglichkeit der Pensionskasse Gebrauch machen. Dass der Gesamtbetrag aufgeführt wird ist aber wichtig für zukünftige Neuwahlen. Der Stadtrat sei überzeugt, dass es in der Exekutive gute Leute brauche. Eine angemessene Entschädigung biete auch einen Anreiz.

Eintretensdebatte

Fritz Münger stellt namens der SP-Fraktion einen Rückweisungsantrag. Die Unterlagen seien unvollständig. Er würde es zudem gerne sehen, wenn beim Gemeinderat die Grundentschädigungen statt die Sitzungsgelder erhöht würden. Man erwarte eine neue Vorlage mit mehr Unterlagen.

Jakob Briner unterstützt den Rückweisungsantrag. Die Unterlagen seien wirklich ungenügend. Es fehlten Zahlen, die man hätte kennen müssen. Für einen guten Entscheid brauche es gute Unterlagen.

Die SVP-Fraktion ist laut **Heinz Kousz** mehrheitlich der Meinung, dass man das Geschäft jetzt behandeln soll. Die Mehrheit werde dem Antrag der Fachkommission IV zustimmen.

Gemäss **Andrea Schmidhauser** will die FDP ebenfalls über das Geschäft beraten.

Matthias Schwank fand die Meinungsbildung auch etwas schwierig. Mit dem Kommentar und den Informationen sei man einigermassen zurecht gekommen. Das System mit der Erhöhung der Sitzungsgelder begrüsse er auch nicht. Die Grüne Partei würde eine Rückweisung unterstützen.

Der Rückweisungsantrag wird in der Abstimmung mit 14 zu 12 Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

Detailberatung

Matthias Schwank hält namens seiner Fraktion fest, dass die Anforderungen gestiegen sind. Im Grossen und Ganzen stehe sie hinter dem stadträtlichen Antrag. Dieser sei fast kostenneutral. Sie sei der Meinung, dass eine Anpassung dringend nötig sei. Schliesslich sei es nicht möglich, neben-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

bei 100 Prozent zu arbeiten. Sonst hätte man bald nur noch Rentner und Rentnerinnen im Stadtrat. Ein Vergleich in der NZZ habe gezeigt, dass sich Bülach am Schlusslicht befinde. Wer gute Leute wolle, müsse auch gut entschädigen. Im Gemeinderat sei die Belastung auch gestiegen durch die Verkleinerung. Dieser vermehrte Aufwand solle wenigstens teilweise honoriert werden. Die Grüne Partei stelle deshalb den Änderungsantrag, dass die Grundbesoldung erhöht werde, anstelle der Sitzungsgelder. Vor allem seien nämlich die Vorbereitungen gestiegen. Zudem sollten lange Sitzungen nicht belohnt werden. Mit dieser Regelung könne man 3000 Franken sparen.

Jakob Briner wünscht sich, dass der neue Stadtrat eine gute Arbeit macht und will ihn darum auch entsprechend honorieren. Es gebe mehr Arbeit und schliesslich sei auch die Teuerung gestiegen. Von der Mehrarbeit habe man bei der Reduktion auch gewusst. Jetzt müsse der Stadtrat für den gleichen Lohn ca. 30 Prozent mehr arbeiten. Wer wolle denn 30 Prozent weniger Lohn erhalten? Er wolle einen guten Stadtrat und diesen auch gut entlohnen. Und wenn man zukünftig gute Leute wolle, solle es für jemanden, der nicht so gut verdiene, auch attraktiv sein. Umgerechnet auf das Budget würden 4 bis 5 Promille für den Stadtrat aufgewendet. Zurzeit seien für die Vorlage Erachfeld/Gringgen allein 750 000 Franken für die Planung eingestellt. Damit könnte man den Stadtrat für zwei Jahre besolden. Die EVP sei der Meinung, ein anständiger Lohn sei richtig.

Fritz Münger teilt mit, dass die SP-Fraktion den Antrag des Stadtrates unterstütze und bei der Gemeinderatsentschädigung der Grünen Partei folge. Die politische Arbeit sei ernst zu nehmen. Die Arbeit sei gestiegen seit der Reduktion. Das sei für Beruf und Familie nicht ganz einfach. Und da wäre es richtig, wenn man das Engagement belohnen würde.

Andrea Schmidhauser teilt mit, dass man sich in der FDP-Fraktion einig sei, dass eine Erhöhung nichts ausrichten würde. Niemand habe sich des Geldes wegen wählen lassen. Es handle sich um einen Dienst an den Einwohnern. Und die Entschädigung sei ein kleines Dankeschön dafür. Es gehe nicht, dass man der Verwaltung die Teuerung nicht auszahle und dann sich selber die Entschädigungen erhöhe. Deshalb werde die FDP-Fraktion den Antrag nicht unterstützen. Das Geschäft habe vor den Wahlen für Furore gesorgt, deshalb beantrage sie eine Abstimmung mit Namensaufruf.

Jürg Rothenberger kann den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterstützen. Erstens sei die Entschädigungsverordnung im Vorfeld der Wahlen ein Diskussionsthema gewesen. Damals schon habe man gesagt, es wäre falsch, wenn man die Besoldungen erhöhen würde. Zweitens solle man den Stadtrat erst einmal arbeiten lassen. Wenn die Arbeit gut sei, dann könne man die Besoldung später erhöhen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Milos Alincic glaubt nicht, dass die Mehrarbeit dreissig Prozent ausmacht. Total sei die Entschädigung des Stadtrates von 350 000 auf 365 000 Franken gestiegen. Er habe einen Gemeindevergleich gemacht (Beilage 2). Dabei sei ihm die NZZ vom 4. Juni 2006 vorgelegen. Er ist der Meinung, dass man in Bülach nicht ganz so abgeschlagen sei. Auch der Steuerfuss sei aufgeführt, ebenso die Verwaltungskosten. Beim Steuerfuss finde man Bülach bei den höchsten Gemeinden. Bülach sei aber auch an der Spitze mit den Behörden- und Verwaltungskosten. Dies sei auf der Internetseite des statistischen Amtes zu lesen.

Fritz Münger glaubt, dass man die Folie nicht brauchen könne, da die Sitzungsgelder nicht enthalten seien.

Jakob Briner glaubt, dass man verschiedene Folien auflegen könnte. Er ist der Meinung, dass man für eine anständige Behandlung eines Geschäftes solche Folien im Voraus haben müsse. Der falsche Zeitpunkt sei es wohl immer. Es gebe immer wieder neue Amtsperioden.

Mike Bader sagt, auch er habe den Artikel in der NZZ am Sonntag studiert. Gemäss diesem würde ein Vollpensum etwa 160 000 bis 200 000 Franken kosten.

Andrea Schmidhauser ist klar der Meinung, dass man Bülach nicht mit Orten vergleichen könne, bei denen das Stadtpräsidium ein Vollpensum sei und man gute Löhne zahlen müsse. Sie sei der Meinung, dass man sich mit der alten Verordnung im Mittelfeld befinde. Cham zahle zwar 62 000 Franken, aber Volketswil zahle lediglich zwischen 3 000 und 18 000 Franken.

Mike Bader erwähnt einige Zahlen aus dem Vergleich und kommt zum Schluss, dass die Behörden der Stadt Bülach letztendlich miserabel bezahlt seien.

Heinz Kousz ist überzeugt, dass der Stadtrat gute Arbeit leiste. Diese solle entsprechend entschädigt werden. Er habe jedoch Bedenken, wenn man das im jetzigen Zeitpunkt tue und die Verwaltungslöhne nicht anpasse. Er unterstütze deshalb den Antrag der Fachkommission IV.

Peter Fehr widerspricht dem Votum. Er habe den Verwaltungsangestellten mehr Lohn geben wollen und wolle dies jetzt auch den Stadträten geben. Gut motivierte Stadträte motivierten auch die Verwaltungsangestellten. Er finde ein Hinausschieben schlecht. Dann werde wieder so gearbeitet wie im alten Stadtrat.

Hanspeter Lienhart rechnet seinen Lohn vor. Ausgehend von 150 000 Franken mache die Reduktion des Arbeitspensums um 20 Prozent 30 000 Franken weniger aus. Obwohl das Pensum als



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Stadtrat eigentlich 40 Prozent ausmache. Man erwarte von einem Stadtrat ja auch, dass er Führungsaufgaben wahrnehme. 43 000 Franken betrage das Stadtratsalär. Er erhalte also für den Mehraufwand jährlich netto 13 000 Franken mehr. Natürlich mache ihm die Arbeit auch Freude. Er sei jetzt seit neuen Jahren im Stadtrat. Dies bewirke, dass er künftig monatlich 1000 Franken weniger Rente von der Pensionskasse erhalte. Und das mache pro Jahr 12 000 Franken weniger. Bisher habe er also nur den Ausfall für die Pensionskasse decken können. Umgerechnet komme er schliesslich auf einen Stundenlohn von fünf Franken.

Esther Caviola beantragt, *alle* Abstimmungen unter Namensaufruf durchzuführen.

Mit 15 zu 5 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, wird beschlossen, *alle* Abstimmungen unter Namensaufruf durchzuführen.

Auf Antrag des Büros wird die Sitzung an dieser Stelle für eine 10-minütige Pause (21.10 – 21.20 Uhr) unterbrochen.

Abstimmungen

Artikel 3

Mit 14 zu 12 Stimmen, bei einer Enthaltung, wird der Änderungsantrag der Fachkommission IV angenommen (Beilage 3)

Artikel 9

Änderungsantrag der Grünen Partei:	11 Stimmen
Änderungsantrag der Fachkommission IV:	15 Stimmen
Enthaltungen:	1

(Beilage 4)

Änderungsantrag der Fachkommission IV:	15 Stimmen
Antrag des Stadtrates:	10 Stimmen
Enthaltungen:	2

(Beilage 5)

In der Schlussabstimmung wird der bereinigten Entschädigungsverordnung mit 14 Ja : 6 Nein-Stimmen, bei 7 Enthaltungen, zugestimmt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Die vom Stadtrat beantragten Änderungen der Art. 3, 9, 13, 14 und 15 der Verordnung über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Funktionäre im Nebenamt (Entschädigungsverordnung, Evo) werden mit folgenden Änderungen genehmigt:
Art. 3: Die Entschädigung des Stadtrates beträgt 50'000 Franken für den Stadtpräsident, Fr. 45'000.–für den Schulpräsidenten, Fr. 30'000.–Grundentschädigung pro Mitglied, Fr. 60'000.–zur Aufteilung auf den gesamten Stadtrat
Art. 9: Die Ansätze der Tag- und Sitzungsgelder bleiben unverändert.
2. Mitteilung an den Stadtrat

Die Vorsitzende stellt fest, dass dieser Beschluss dem fakultativen Referendum untersteht.

Traktandum 5

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Stadtrat Walter Baur beantwortet die Frage von Daniela Gehring betreffend Steuerfusserhöhung wie folgt: Eine Stellungnahme des Stadtrates erübrige sich, weil die Oberstufenschulgemeinde den Steuerfuss nicht zu erhöhen gedenke. Dies habe eine Abklärung beim Präsidenten der Oberstufenschulgemeinde ergeben. Walter Baur räumt ein, dass die Steuererträge der Oberstufenschulgemeinde die Ausgaben seit Jahren nicht decken und man deshalb auf das Vermögen zurückgreifen müsse, was auch für das laufende Jahr gelte.

Traktandum 6

Diverses

Stadtrat Hanspeter Lienhart informiert über die zu erwartende Kostenüberschreitung bei der Sanierung der Allmendstrasse. Der neue Gemeinderat habe im Mai 2006 einen Kredit über 625 000 Franken für die Sanierung der Allmendstrasse bewilligt. Damals sei man davon ausgegangen, möglichst kostenbewusst zu sanieren. Den neuen Deckbelag habe man über den alten Belag legen wollen. Sonst hätte der alte Belag speziell entsorgt werden müssen. Der Belag sei nun aber in seine Stücke zerfallen. Die Gesamtkosten werden sich wahrscheinlich auf rund 770 000 Franken



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

belaufen. Der Belag habe abgeführt und entsorgt und eine neue Tragschicht habe aufgetragen werden müssen.

Stadtpräsident Walter Bosshard informiert bezüglich Guss 81-80. Bekanntlich habe die Stadt Bülach mit dem Guss 81-80 einen Leistungsvertrag. Das Gelände sei von der Stadt gemietet und dem Guss zur Verfügung gestellt. Auch einen Betriebsbeitrag richte die Stadt aus. Nun hätten sich Vertreter des Guss' 81-80 beim Stadtrat wegen Liquiditätsproblemen gemeldet. Der Stadtrat habe im Jahr 2003 eine Patronatserklärung über 100 000 Franken abgegeben. Diesen Betrag habe man nun in ein Darlehen umgewandelt. Die erste Tranche sei bereits ausgelöst worden. Man sei zusammen gekommen und habe festgestellt, dass der ganze Betrag gebraucht wird. Auch der Betriebsbeitrag müsse erhöht werden, damit die Leistung erbracht werden könne. Jetzt müsse die politische Diskussion geführt werden. Ende 2006 solle ein Antrag an den Gemeinderat erfolgen.

Die Vorsitzende informiert über den Versand der Gemeinderatsunterlagen: „Das Büro wurde von verschiedenen Seiten darauf angesprochen, ob die Gemeinderatsunterlagen nicht generell elektronisch verschickt werden könnten. Ein entsprechender Versuch verlief in der letzten Amtsdauer erfolgreich. Die Revision der Internetseite der Stadt Bülach steht an. Dort ist vorgesehen, einen Zugriffsbereich für die Gemeinderäte einzurichten, wo die Gemeinderatsmitglieder dann auf sämtliche Dokumente direkt zugreifen können. Dies wird im Laufe des nächsten Jahres der Fall sein. Wenn dieser Zugriff einmal vorhanden ist, muss nach Meinung des Büros das Ziel sein, dass sich möglichst alle Gemeinderatsmitglieder via Internetseite die Sitzungseinladungen, Protokoll, Anträge und Weisungen herunterladen. Wir wollen das früh kommunizieren und zur gegebenen Zeit auch Schulungen anbieten, sollte sich dies als Bedürfnis erweisen. Bis die Internetseite jedoch eingerichtet ist, so hat das Büro entschieden, erfolgt der Versand der Gemeinderatspost weiterhin auf dem Postweg.“

Rechtsbelehrung

Die Vorsitzende verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf ihre ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 2. Oktober 2006
Sitzung vom

Bülach, 11. Oktober 2006

Für die Richtigkeit:

Severine Vogel, Ratssekretär-Stv.

Geprüft:

Rosa Pfister-Kempf, Präsidentin

Heinz Kousz
1. Vizepräsident

Stefan Schnegg
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderates
- Mitglieder des Stadtrates
- Stadtschreiberin
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretär
- Protokollsammlung